

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

15. Sitzung
am Mittwoch, dem 20. August 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in Vertretung von Detlef Matthiessen

Fehlende Abgeordnete

Bernd Saxe (SPD)

Meinhard Füllner (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung 1997	4
	Schreiben des Ministers für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten vom 12. August 1997	
2.	Entschießung zur Wirtschafts- und Währungsunion	9
	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache 14/700	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/730	
	Verfahrensfragen	
3.	Errichtung einer Nordsee-Kooperation	10
	Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 17. Juni 1997 Umdruck 14/979	
4.	Bericht über die Weiterführung der Schleswig-Holstein-Repräsentanzen	11
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/795	
5.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung 1997

Schreiben des Ministers für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten vom 12. August 1997

M Walter stellt seinen ergänzenden Ausführungen die Feststellung voran, daß eines der wesentlichen Qualitätsmerkmale der Ostseepolitik darin liege, daß sie nicht auf Aktivitäten der Exekutive beschränkt sei, sondern von allen politischen Kräften getragen sei und auch von den Aktivitäten vielfältiger Institutionen und Organisationen außerhalb der Landesregierung lebe. Der Bericht, der inhaltlich auf den Berichten der Vorjahre aufbaue, mache deutlich, daß das Land Schleswig-Holstein auf die Ostseepolitik wesentlich habe Einfluß nehmen können. Dies zeige sich schon an den zahlreichen auf den verschiedenen Ebenen fast überall aufgenommenen ursprünglich schleswig-holsteinischen Ideen.

Die Hauptaufgaben der Ostseepolitik außerhalb der Landespolitik in den nächsten Jahren müßten einerseits die Umsetzung der drei Aktionsprogramme von Kalmar bilden, eine bessere Vertretung gemeinsamer Interessen der Ostseeanliegerstaaten in Brüssel - die nach wie vor erheblich zu wünschen übrig lasse -, die Weiterentwicklung der Förderungsinstrumente der Europäischen Union sowie der große Komplex der Vorbereitung der Beitrittsländer auf den Beitritt zur Europäischen Union, sowohl derjenigen Länder auf der prioritären Liste als auch jener, die noch eine etwas längere Übergangszeit benötigten. Die Weichen seien gestellt, daß die Ostseeregion mit Abstufungen gegenüber Rußland und Norwegen zu einer Region der Europäischen Union werden könnte.

Die Ostseekooperation werde in den nächsten Jahren die wichtige Aufgabe haben, die Anpassung der Beitrittsländer zu begleiten und zugleich das Kooperationsabkommen zwischen der EU und Rußland mit Leben zu erfüllen. Ebenso werde schließlich auch das in der Konferenz von Riga beschlossene Ständige Sekretariat des Ostseerates der Außenminister eingerichtet werden müssen; dazu liege bereits ein Angebot Schwedens vor. Er, M Walter, gehe davon aus, daß um die Jahreswende die noch offenen technischen Fragen ausgeräumt seien, so daß das Sekretariat eingerichtet werden könne und Schleswig-Holstein damit vor die Frage gestellt sei, inwieweit es in diesem Sekretariat präsent sein wolle. Angesichts der

Zurückhaltung der Bundesregierung sehe er durchaus Chancen für die norddeutschen Länder, einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin dorthin abzuordnen, um auf diese Weise präsent zu sein. Darüber hinausgehende Schritte seien für das Land aber wohl kaum finanzierbar.

Schließlich enthalte der Bericht im Grunde die Aufforderung an alle, sich immer wieder die Frage vorzulegen, ob in den verschiedenen Bereichen der Landespolitik die Weichen richtig gestellt würden, wonach Besserungen vorgenommen und neue Prioritäten gesetzt werden müßten, um den dramatischen Veränderungen des Umfelds der Ostseeregion gerecht zu werden. Dabei müßten auch die extrem dynamischen Entwicklungen beispielsweise in der -resundregion wie auf der anderen Seite auch in Klaipeda im Auge behalten werden.

Zum Abschluß seiner Ausführungen stellt M. Walter fest, daß es zum großen Teil Sinn des Berichts sei, auf die ständige Debatte über den Ostseeraum hinzuweisen und sie nicht als abgeschlossen zu betrachten.

In der Aussprache weist Abg. Fröhlich auf die nach wie vor erschreckenden Defizite bei der Gleichstellung von Frauen in den Ländern des Ostseeraums hin. Dies sei auf der Ostseefrauenkonferenz im Frühjahr des Jahres besonders deutlich geworden. Zum anderen hebt Abg. Fröhlich hervor, daß bei der Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern das Augenmerk von Anfang an auf die ökologischen Bedingungen und Voraussetzungen gerichtet werden sollte. Wenn diese nicht beachtet würden, träfen die Folgen auch die westlichen Länder.

M. Walter entgegnet, daß gerade die vom schleswig-holsteinischen Innenminister auf dem Gebiet der Bekämpfung von Kriminalitätsformen zum Nachteil von Frauen in den Ostseeanliegerstaaten unternommenen Aktivitäten eindrucksvoll seien. Es gehe darum, den Ermittlungs- und Handlungsverbund auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung unter den Ostseeanliegerstaaten zu verbessern.

Ergänzend dazu erkundigt sich Abg. Geerds, in welchem Umfang sich das Land finanziell dabei engagiere und welche Konsequenzen aus solchen Konferenzen wie der erwähnten Frauenkonferenz das Land ziehen werde. Zum anderen möchte er wissen, wie die Jugendbegegnungen im Bereich der Ostseeanliegerstaaten aufgenommen würden; nach seinem Eindruck würden andere Länder immer noch als attraktiver bevorzugt. Hinzu komme, daß sich die Jugendbegegnungen immer mehr auf einen Austausch von Funktionären reduzierten.

M Walter sagt zu, Angaben über die finanziellen Leistungen des Landes zur Durchführung der erwähnten Frauenkonferenz schriftlich nachzureichen. Festgestellt werden könne jedoch, daß alle Seiten - insbesondere die Teilnehmerinnen aus mittel- und osteuropäischen Staaten - diese erstmalige Konferenz als überaus positiv begrüßt und sie als Signal empfunden hätten, zur Gleichstellung von Frauen in den Heimatländern beizutragen, aber auch zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Die Teilnehmerinnen hätten bereits einen weiteren Erfahrungsaustausch verabredet.

Zu den Jugendbegegnungen bemerkt M Walter, daß das Ostseejugendbüro eine sehr positive Resonanz registriere, die sich auch in reger Beteiligung an Jugendbegegnungen dokumentiere. Ergänzend geht Herr Mallkowsky näher auf die Tätigkeit des Ostseejugendbüros und einzelne Aktionsprogramme sowie Modellprojekte ein. Zusätzlich hebt M Walter die positive Entwicklung auch der Schulpartnerschaften nicht mehr nur in erster Linie nach England oder Frankreich, sondern immer mehr auch zu Schulen im Ostseeraum hervor.

Eine weitere Idee sei die Umsetzung des Interrail-Konzepts auch als eine Art Interferry-Konzept für den Ostseeraum, die im Rahmen des Organisationsprojekts von Kalmar anstehe.

Abg. Dr. Kötschau sieht in dem Bericht eine gute Grundlage für alle weiteren Diskussionen. Nach ihrem Eindruck geschehe möglicherweise auf parlamentarischer Ebene noch zu wenig. Städtepartnerschaften würden aber nicht nur in Form des Austausch von Funktionären gepflegt; wichtig seien beispielsweise auch Schulpartnerschaften, für die unter Umständen noch mehr Mittel bereitgestellt werden sollten. Vorangetrieben und verstärkt ausgebaut werden sollten auch das freiwillige soziale Jahr und der Ersatzdienst in anderen Dienststellen, für die es zahlreiche Bewerbungen gebe. Zusätzlich spricht Abg. Dr. Kötschau den Gedanken an Jugendliche aus verschiedenen Ländern in Sommercamps im Rahmen der Kriegsgräberfürsorge, verbunden mit anderen Tätigkeiten im Umweltbereich, zusammenzuziehen. Alle diese Maßnahmen böten mit relativ geringem Kostenaufwand die Möglichkeit zur Begegnung junger Menschen statt des Austauschs von gemeindlichen Funktionsträgern.

Abg. de Jager hält fest, daß die Aktionsprogramme gerade auf dem Gebiet der inneren Sicherheit bereits umgesetzt würden, wenn auch die Geschwindigkeit dabei auf manchen Sektoren vielleicht zu wünschen übrig lasse. Die von M Walter vorgetragene Anregung eines Interferry-Konzepts begrüße er nachdrücklich. Er sehe darin aber weniger Einzelprojekte als vielmehr die Vorstellung, daß die Landespolitik in Teilen auf die Aktionsprogramme ausgerichtet werde und schwerpunktmäßig zur Erfüllung dieser Programme eingesetzt werden

könne. Bei Schleswig-Holstein habe er nicht den Eindruck, daß sich die Landespolitik bereits an diesen Aktionsprogrammen orientiere. Da der Jugendaustausch mit einzelnen westlichen Staaten auch bei geringer staatlicher Betreuung bereits floriere, sei zu überlegen, den Jugendaustausch mit dem Ostseeraum durch bevorzugten Einsatz der Landesmittel zu forcieren.

Ähnliches gelte für den Bereich Bildung und Hochschule, für den nach dem Aktionsprogramm eine Konferenz der Rektoren eingerichtet werden solle.

Schließlich wirft Abg. de Jager die Frage auf, wie die Außenwirtschaft des Landes auf die tabellarisch aufgeführten Daten des Berichts reagiere, nach denen die Ein- und Ausfuhr ein sehr durchwachsendes Bild zeigten.

Abg. Fröhlich geht davon aus, daß der gesamte Ausschuß Städtepartnerschaften in den Ostseeraum unterstütze. Dafür müsse die Region für Jugendliche interessant gemacht werden, wie es M. Walter geschildert habe, etwa durch das erwähnte Interferry-Projekt.

Abg. Dr. Kötschau sieht für den Bildungsbereich ein großes Problem in der erheblichen Kürzung der Bundesmittel, verbunden mit der Auflösung von Goethe-Instituten, während andere Staaten demgegenüber verstärkte Anstrengungen - etwa mit der Bereitstellung von Schulbüchern - unternähmen.

M. Walter betont, daß das Land auf Städtepartnerschaften, die allein der Entscheidung der Städte unterlägen, kaum einwirken könne, allenfalls bei der Vermittlung von Kontakten. Das Thema der Begegnungen habe aber auch eine Kehrseite, die in der Visafreiheit liege. Während die skandinavischen Staaten die Visafreiheit gegenüber den baltischen Republiken eingeführt hätten, sei die Bundesregierung dazu wegen der befürchteten Zuwanderung von Kriminalität nicht bereit. Die tatsächlichen konkreten Begegnungen hingen von den äußerst schwierigen Rahmenbedingungen ab. Nach seiner Auffassung sollte auch die Bundesrepublik mit den baltischen Staaten zur Verabredung der Visafreiheit kommen.

Was die Umsetzung der Aktionsprogramme angehe, die sich im wesentlichen auf gemeinschaftliche Aktivitäten richteten, so unterstreiche er in vollem Umfange die Ausführungen des Abg. de Jager. Manches entwickle sich zu langsam, nicht zuletzt deshalb, weil der Ostseerat nicht über eine Umsetzungseinheit, die wie ein ständiger Motor wirke, verfüge. Auch fehle in den baltischen Staaten bisher eine funktionierende Selbstverwaltung, die erfahren und selbstbewußt genug sei, mehr Aktivitäten zu entwickeln. Hinsichtlich eigener

direkter oder indirekter Beiträge sei Schleswig-Holstein - etwa gegenüber Schweden - strukturell erheblich im Nachteil, wobei man sich bewußt sein müsse, daß Schleswig-Holstein in der Ostseekooperation stets mit Nationalstaaten konkurriere.

Abg. Geißler greift den Bereich der Bildungspolitik auf und stellt die Bedeutung auch der akademischen Auslandsarbeit heraus. Dieser Aspekt gebe Anlaß, nicht nur den Ostseeraum zu betrachten, sondern im Blick auf die Zusammenarbeit von Universitäten die Räume mit den höchsten zu erwartenden wirtschaftlichen Zuwächsen ins Auge zu fassen. Dies sei jedoch primär der pazifische Raum. Die Ostseekooperation sollte möglichst auch um diesen Raum erweitert werden.

Abg. Dr. Kötschau räumt ein, daß die asiatischen Märkte besonders zukunftssträftig seien; gleichwohl müßten zunächst die umliegenden Märkte, mit denen Schleswig-Holstein am intensivsten Handel treibe, aufgebaut werden, zumal auch die Wirtschaft besonders unter den dort angebotenen Dumpingpreisen leide.

Der Ausschuß schließt damit die Beratung des Berichts der Landesregierung ab, der gemeinsam mit dem Bericht des Landtagspräsidenten über die Parlamentarierkonferenz zu gegebener Zeit im Plenum des Landtages erörtert werden soll.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/700

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/730

Verfahrensfragen

Der Ausschuß ist übereinstimmend der Ansicht, das zunächst die Sprecher der Fraktionen die Anhörung gemeinsam auswerten und jene Punkte, in denen Konsens erreichbar ist oder Dissens fortbesteht, herausarbeiten sollten. Am 10. September wird sich der Ausschuß mit dem Votum der Sprecher in der übereinstimmenden Erwartung beschäftigen, daß für die Plenartagung im September ein möglichst von allen Fraktionen getragener Entschließungsantrag vorgelegt werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Errichtung einer Nordsee-Kooperation

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 17. Juni 1997

Umdruck 14/979

Der Landtagspräsident hat dem Europaausschuß das an ihn gerichtete Angebot weitergeleitet, an einer interparlamentarischen Konferenz zur Nordsee-Kooperation in Groningen am 15. und 16. Oktober 1997 teilzunehmen. In der Aussprache über die Anregung des Präsidenten, einen Vertreter und eine Vertreterin des Europaausschusses zu dieser Konferenz zu entsenden, werden aus dem Ausschuß Zweifel geäußert, ob wegen der fachspezifischen Thematik statt eines Vertreters des Europaausschusses ein Vertreter des Umweltausschusses an dieser Konferenz teilnehmen sollte.

Nach einer kurzen Aussprache kommt der Ausschuß überein, dem Präsidenten nahezu legen, an den Umweltausschuß heranzutreten und es ihm anheimzustellen, je einen Vertreter der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktionen von CDU und F.D.P. für die Teilnahme an der Konferenz zu benennen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht über die Weiterführung der Schleswig-Holstein-Repräsentanzen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/795 hierzu: Umdruck 14/1228

Auf eine Nachfrage des Abg. de Jager erklären die Vertreter des Europaministeriums, daß ihnen derzeit keine Erkenntnisse vorlägen, daß die Finanzierung der Repräsentanzen, die im wesentlichen durch die Handelskammern aufgebracht werde, gefährdet sei. M Walter sagt jedoch zu, bei den Industrie- und Handelskammern dieser Frage nachzugehen. Zugleich wird das Ministerium klären, ob für die Repräsentanzen auch Mittel des Bundes eingesetzt werden und ob sich das Land um Kooperation mit den Trägern bemühen sollte. M Walter hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß das Land finanziell jedoch nicht in der Lage sei, eine eigenständige Repräsentanz etwa in Danzig zu unterhalten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Döring, teilt mit, daß ihn die Landesregierung für die Dauer bis zum Ablauf der derzeitigen Wahlperiode im Januar 1998 als stellvertretendes Mitglied im Ausschuß der Regionen benannt habe.

M Walter ergänzt, daß sich die Landesregierung dabei an ihre Absichtserklärung gebunden fühle, nach der jeweils eines der beiden - ordentlichen und stellvertretenden - Mitglieder des Landes im Ausschuß der Regionen dem Landtag und das andere der Landesregierung zugeordnet sein sollte.

Der Vorsitzende, Abg. Döring, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Uwe Döring
Vorsitzender

gez. Burdinski
stellv. Geschäfts- und Protokollführer